

SOLIDARITÄT

...die Betriebszeitung für ein solidarisches Miteinander

Ausgabe Nr. 1

April 2017

Auflage 2500

Themen in dieser Ausgabe:

1. Mai - Unser Tag!

In was für einer Welt leben?

Rechtsruck - Mitten unter uns?!

Was kann ich tun?

Parkplätze - Wir sind es leid!

Worauf warten?

1. MAI - UNSER TAG!

In was für einer Welt willst du leben?

Was wäre, wenn Daimler nicht einer Bande von Aktionären, sondern allen gehören würde? Und Daimler nicht das produziert was immer mehr und mehr Profit erzeugt, sondern das herstellt, was gesellschaftlich notwendig wäre? Wie wäre es in einer Welt zu leben, die ohne Leiharbeit oder Werkverträge auskommt? Wo wir mehr freie Zeit mit unseren Familien und FreundInnen verbringen?

Wäre es nicht gut, wenn die Gesellschaft – also wir – darüber diskutie-

ren und entscheiden, welche Waren wir brauchen und herstellen? Oder der gesellschaftliche Reichtum allen zu Gute kommt? Sollte der technische Fortschritt nicht dafür genutzt werden, die Arbeitszeit zu verkürzen und Menschen zu entlasten?

Aber müsste das nicht auch eine Welt sein, in der zwischen den Ländern fair gehandelt wird, anstatt sie auszubeuten oder sie wegen den Rohstoffen mit Bombenteppichen zu überziehen? Glaubst du nicht, dass es sich für all das und uns lohnt am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam auf die Straße gehen?

Du bist safe - aber wie steht es um unsere Kinder?

Bei der Betriebsversammlung im März hat Vorstandsvorsitzende der Daimler AG Zetsche uns in Stuttgart versprochen, dass die Jobs sicher sind und niemand entlassen wird. Selbst wenn das stimmt – reicht uns das? Was ist mit unseren Kindern? Sie werden die sein, die künftig als Werkvertragsbeschäftigte und als LeiharbeiterInnen enden. Wünschen wir uns das für die Generationen nach uns? Wollen wir uns spalten lassen und dass jede und jeder nur an sich denkt, oder betrifft uns alle die Zukunft?

Auch dieses Jahr:

**Antikapitalistischer
Block auf der DGB-Demo
10⁰⁰ Uhr - Marienplatz**

**Revolutionäre 1. Mai-Demo
11³⁰ Uhr - Schlossplatz**

erstermai-stuttgart.tk



Wollen wir noch mehr Leistungsdruck und noch weniger Wertschätzung und Anerkennung für unsere Arbeit?

Wir und die Generationen vor uns haben sich für mehr Mitbestimmung und mehr Rechte im Betrieb gewerkschaftlich organisiert und harte Kämpfe für ArbeiterInnenrechte geführt, wie z.B. Arbeitszeitverkürzung oder Anspruch auf 30 Tage Urlaub. Wir haben viel erreicht, aber nicht alles ist gut deswegen. Wir leben noch immer im Kapitalismus. Jetzt will uns Daimler das Erkämpfte wieder nehmen.

Die Angriffe zielen auf uns alle

Bei der letzten Betriebsversammlung gab es für die Stammebelegschaft nochmal Grund zum Aufatmen. Doch in anderen Branchen und Betrieben sind die Gängelungen einer immer schärferen Profitlogik deutlicher spürbar. Einsparungen, Privatisierung und Rationalisierungsprozesse - die Spaltung der Gesellschaft und die Angriffe auf viele unserer

Lebensbereiche ist mittlerweile alltäglich:

- Als LeiharbeiterInnen, WerkverträgerIn, die in unsichere und unterbezahlte Arbeitsverhältnisse gedrängt werden,
- als Angestellte bei nicht, tarifgebundenen Subunternehmen als Lieferanten von Daimler,
- als Arbeitslose, die gezwungen werden, jeden noch so beschissenen Job anzunehmen,
- als älter werdende Menschen, deren Rentenansprüche gekürzt werden.

Wo eigentlich Zusammenhalt, die gemeinsame Stärke und das Eintreten für eine menschlichere Gesellschaft stehen sollten, greifen Spaltung, Hass, Egoismus und rechte Parolen um sich. Viele Lohnabhängigen machen sich so gegenseitig fertig. Das macht es sehr schwierig, unsere gemeinsamen Interessen und den eigentlichen Hintergrund dieser Missstände zu erkennen. Genau das ist auch die Absicht derjenigen, die von dieser Gesellschaft profitieren: Vereinzelung, Zwietracht und ständiger Leistungsdruck. Die

Leute sollen bloß keinen Kopf dafür haben, sich ernsthaft zu wehren: Bloß keine Proteste oder gar kollektiver Widerstand. Doch die Rechnung wurde ohne uns gemacht!

Nicht jammern und hoffen - organisiert euch!

Bei uns ist es egal, wo du geboren bist, welchen Pass du hast, wie alt du bist oder wen du liebst. Es geht nicht um Nationalitäten gegen Nationalitäten, sondern um unseren gemeinsamen Kampf als Klasse der Lohnabhängigen gegen die Klasse der Kapitalisten. Es geht darum, dass wir uns den gesellschaftlichen Reichtum, von dem heute nur wenige profitieren, zurückholen und allen zugänglich machen. Denn eins steht fest: Es ist genug da, um ein gutes Leben für die gesamte Gesellschaft zu ermöglichen.

Informiert euch!

Werdet aktiv!

Organisiert euch im Betrieb und in der Gewerkschaft!

Kommt zum Revolutionären 1. Mai!

Aktuelles immer auf: fb.com/redactstuttgart - Weitere Infos und Texte gibt's auf: revolutionäre-aktion.org

Aktiv werden! Soziale Kämpfe organisieren!

Initiative Klassenkampf Stuttgart (IKKS)



Das offene Treffen der IKKS hat zum Ziel, Aktionen und Aktivitäten in den Betrieben und auf der Straße solidarisch und entschlossen zu unterstützen und mit zu initiieren.

Bei unserer praktischen Arbeit stehen konkrete Aktionen gegen weitere Angriffe auf die Arbeits- und Lebenssituationen der Klasse der Lohnabhängigen, sowie offensive Kämpfe für konkrete Verbesserungen im Mittelpunkt. Diese Kämpfe sind aber auch Schritte zur Entwicklung einer Perspektive fernab des Systems, dass auf Profitmaximierung und Konkurrenzkampf beruht. Der Vereinzelung und Konkurrenz setzen wir unsere Organisation und Solidarität entgegen.

Zu den monatlichen Treffen sind alle eingeladen, die sich ebenfalls als GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Erwerbslose, SchülerInnen oder Studierende mit anderen austauschen und gemeinsam aktiv werden wollen. Es werden sowohl konkrete Protestaktionen geplant, als auch Diskussionen geführt und Veranstaltungen organisiert. Welche Schwerpunkte wir setzen und zu welchen Bereichen wir aktiv werden hängt auch von deinen Ideen und Vorschlägen ab.

Organisieren, streiken, kämpfen! Für Solidarität und Klassenkampf!

Das Treffen findet jeden 2. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann statt.

Infos: initiativeklassenkampf.wordpress.com

RECHTSRUCK - MITTEN UNTER UNS?!

Was bedeuten die AfD, PEGIDA und Zentrum-Automobil für Arbeiterinnen und Arbeiter?

Mittlerweile dürften es alle gemerkt haben; die Stimmung in Deutschland hat sich nach Rechts gedreht. Über Monate wurde über kaum etwas anderes als über den Aufstieg der AfD und das Aufkommen von rassistischen Pegida-Gruppen berichtet. Die offene rassistische Hetze ist wieder möglich. Im Schatten der AfD und Pegidas ereignete sich die schlimmste Welle von Angriffen auf Flüchtlingsheime und geflüchtete Menschen seit den 90er Jahren. Die AfD fuhr einen Erfolg nach dem anderen bei Landtagswahlen ein.

Nun ist es etwas stiller geworden. Rechte Politiker sind nicht mehr wegen jedem rassistischen und menschenverachtenden Rülpsen in den Nachrichten, die Demo-Zahlen von Pegida-Aufmärschen gehen zurück.

Alles vorbei und zurück zur Normalität? Leider Nein. Also woher kommt eigentlich der Rechtsruck

und warum wählen Menschen die AfD?

Obwohl der Aufstieg dieser Partei und begleitender Gruppen und Bewegungen neu ist, die Forderungen und Inhalte der AfD sind es nicht. Der Rechtsruck kam nicht aus dem Nichts - die miese Stimmung in der Bevölkerung wurde vorbereitet und hat sich ausgebreitet. Politiker wie Thilo Sarrazin von der SPD oder Medien wie die BILD übten sich schon lange vor dem Entstehen der AfD im Eindreschen auf Minderheiten, seien es Menschen mit Migrationshintergrund oder Hartz4-Empfänger und -Empfängerinnen. Heute sind es vor allem Geflüchtete, die zum großen Problem gemacht werden. Es ist kein Zufall, dass die Leute gerade heute wieder gegeneinander aufgepeitscht werden - und sich leider auch gegeneinander aufpeitschen lassen.

Immer wenn die sozialen Probleme zunehmen, suchen die Menschen verständlicherweise nach einfachen Erklärungen und nach Schuldigen. Hier werden aber auf jeden Fall die Falschen getroffen: Menschen wie

Du und Ich, Kolleginnen und Kollegen, vor allem diejenigen, denen es sowieso schon richtig schlecht geht. Für uns ist klar: Wenn Menschen zu Sündenböcken gemacht und diskriminiert werden, müssen wir eingreifen!

Die Unzufriedenheit mit Politik und Wirtschaft ist berechtigt

Es gibt viele gute Gründe für Unzufriedenheit mit der heutigen Politik und für Widerstand:

- **In der Industrie:** Werkverträge, Leiharbeit, Fremdvergabe durch bspw. Daimler und zu wenig Ausbildungsplätze.
- **In der Gesellschaft:** Unglaublich niedrige Renten, die nicht zum Leben reichen, Hartz4, die schlechte Anbindung vieler Ortschaften an Bahnen und Busse, Wohnungsnot und steigende Mieten.
- **Und allgemein:** Die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, Kriegspolitik, das Brechen von Wahlversprechen. Diese Liste könnte noch um einiges länger werden.

Es ist angebracht, sogar wichtig, diese Zustände nicht einfach zu akzeptieren. Doch die Oberen in Politik, Wirtschaft und Medien (man denke nur an die BILD) haben es exzellent verstanden, Minderheiten dafür verantwortlich zu machen. Plötzlich sollen die MigrantInnen Schuld daran sein, egal ob diese schon seit 40 Jahren hier leben und auch hier geboren sind oder jetzt gerade vor Krieg und Armut fliehen.

Es ändert nichts an all den sozialen Problemen, wenn wir uns über Hautfarben, Pässe, Sprachen, Kultur



usw. streiten. AfD, Pegida und Co. machen genau das und lenken uns damit vom Wesentlichen ab. Das ist sicher keine „Alternative“ für uns.

Was ist der Unterschied zwischen der AfD und der Politik der großen Parteien? Sie wollen dafür sorgen, dass wir unsere Interessen als Arbeiterinnen und Arbeiter noch schlechter durchsetzen können.

Denn die Rezepte der Rechten für die Probleme Deutschlands sind gegen die Mehrheit der Bevölkerung der BRD gerichtet. Die AfD redet gerne so, dass sie möglichst alle Menschen anspricht; Arbeiterinnen und Arbeiter genauso wie Konzernbosse. Egal was im Parteiprogramm der AfD aktuell steht: Mal die Anhebung des Rentenalters, mal die Verschärfung von Hartz4 und mal eine Obergrenze für Leiharbeit. Die AfD redet viel, aber halten kann sie nichts davon. Im Gegenteil: Diese Leute, die mehrheitlich aus CDU und FDP kommen, spielen sich als Freund der kleinen Leute auf. Eigentlich sind sie Freunde des freien

Marktes - und der ist nun wirklich nicht in unserem Interesse. Früher saßen sie Tisch an Tisch mit Vorstandsvorsitzenden und jetzt tun sie so, als seien sie an uns interessiert. Die Nazis haben auch viel versprochen, gehalten haben sie die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Massenvernichtung von Menschen und einen Weltkrieg.

Soziale Kälte und Hass - dafür stehen die Rechten, nicht für unsere Interessen.

Nicht in unserem Interesse: Rechte Hetzer

Die Perspektiven der offenen Faschisten - heute nennen sie sich NPD, Dritter Weg oder Die Rechten - bedeuten Mord, Gefängnis und Terror für große Teile der Bevölkerung. Auch wenn es zum Glück noch sehr wenige sind: Sie dürfen auf gar keinen Fall stärker werden. Selbst bei Betriebsratswahlen treten so dubiose Listen wie „Zentrum-Automobil“ an, geben sich als Alternative aus und reden nett daher. Wirkliche Lö-

sungen haben sie nicht. Sie erzählen von den korrupten Gewerkschaften und fordern diese oder jene Sache. Dabei wissen sie, dass sie nichts von dem halten müssen, was sie fordern und sowieso nicht könnten. Wer schreibt, dass Arbeiterinnen und Arbeiter dieselben Interessen hätten wie Manager und Konzernspitzen, kann gar nichts für die Arbeiterschaft gegen jene Vorstände durchsetzen. Zetsches Interesse ist Leiharbeit, Fremdvergabe und Entlassungen. Sind das eure Interessen? Und so löst sich der ganze Zauber des Zentrum-Automobils in Luft auf. Egal ob sie sich also seriös geben, in Anzug und Krawatte in Talkshows sitzen oder ob sie in der Nacht Steine und Brandsätze in Häuser schmeißen - die Rechten sind keine Alternative zum bestehenden System.

Was ist zu tun?

Die Lösung ist also nicht, den frischen Parolen einer alten Partei nachzulaufen und aber auch nicht,



Warum überhaupt Antifa?

Oft wird über sie geschrieben und oft sind sie die Bösen. Antifa. Ein Name der bei vielen Bilder von verummten „Chaoten“ heraufbeschwört. Dabei wird oft vergessen, wofür Antifa eigentlich steht. Antifa ist der Name für verschiedene Organisationen und Gruppen, die sich alle dem Widerstand gegen den Faschismus verschrieben haben. Diese Menschen kämpfen in ihrer Freizeit gegen die Hetze von Rechts an und werden vom Staat gerne dafür verfolgt. Sie stehen für unsere Interessen ein. Dafür werden sie von Politik, Polizei und Medien gerne beleidigt und mit Wörtern wie Krawallmachern und Randalierern belegt. Es wäre an der Zeit diese Menschen ins richtige Licht zu rücken und einfach mal Danke zu sagen, für ihren Einsatz für uns und für eine Gesellschaft in der niemand wegen seiner Herkunft verfolgt wird.

Was wäre denn, wenn die Nazis machen könnten was sie wollen?



sich ganz und gar vom Wählen zu verabschieden. Seid wach und aufmerksam und nutzt die paar Rechte die wir haben, unter anderem das Wählen von Parlamenten und Betriebsräten, aber verlasst euch nicht darauf. Echte Veränderung kommt von unten und nicht durch Repräsentanten.

Schließt euch zusammen, tretet der IG Metall bei; alleine macht man

euch ein. Schaut mal wieder über euren Tellerrand und beteiligt euch an Demonstrationen für soziale Verbesserungen, wie am 1. Mai, und gegen die rechte Stimmungsmache, egal, ob es sich dabei um die Schweine von der AfD oder um offene Nazis handelt. Geht auf die Straße und werdet aktiv für eine solidarische Gesellschaft!

Widersprecht Rassismus und rechten Forderungen, ob auf der Straße,

im Betrieb oder sonstwo. Wichtig ist etwas zu tun und zwar ganz in eurem eigenen Interesse.

Wie wollt ihr leben?

In einer Gesellschaft mit Leiharbeit, rechter Hetze, Krieg und Hartz4 - diese Gesellschaft heißt Kapitalismus. Oder in einer ohne das alles und stattdessen mit sozialer Sicherheit und Frieden - diese Gesellschaft heißt Sozialismus.



PARKPLÄTZE - WIR SIND ES LEID!

Worauf warten?

Seit Jahren ärgern wir uns über die fehlenden Parkplätze in vielen Werkteilen. Das tun wir nicht, weil wir den heimlichen Wunsch haben, mit dem Auto am liebsten neben unserem Arbeitsplatz zu parken, sondern weil wir es Leid sind zum Teil eine Stunde oder länger vor Arbeitsbeginn um das Werk zu gurken; in der Hoffnung, dass doch noch irgendwo ein freier Parkplatz sein könnte. Für viele von uns fühlt sich das an, wie eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung. Wir haben in unserer Freizeit besseres zu tun!

In den vergangenen Jahren ist die Untertürkheimer Daimler-Belegschaft gewachsen. Nicht zuletzt deswegen, weil die IGM-Betriebsräte die Werkleitung zu Einstellungen gezwungen haben. Aber wenn die Belegschaft größer wird, dann müssen auch die indirekten Bereiche und die betriebliche Infrastruktur mitwachsen!

Und sage uns keiner, Daimler hätte kein Geld dafür. Selbstverständlich hat ein Unternehmen, das seit Jahren Milliarden an Gewinnen macht die finanziellen Möglichkeiten, die Gebäude in Stand zu halten und eben auch genügend Parkplätze für uns bereit zu stellen oder neue Parkhäuser zu bauen. 10 Euro Zuschuss für die Monatskarte der SSB sind ja ganz nett, aber wir hätten auch nichts dagegen, wäre Daimler deutlich besser an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Warum soll es nicht möglich sein, den Fahrplan des öffentlichen Nahverkehrs besser an die Bedürfnisse der tausenden BerufspendlerInnen anzupassen? Insbesondere für diejeni-

gen, die eine weite Anfahrt haben. Warum gibt es keine Werksbusse, die das ländliche Einzugsgebiet von Daimler abfahren und die Belegschaft vor Schichtbeginn auf das Werksgelände fahren. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.



Nur will das Management lieber die Aktionäre und Investoren glücklich machen, als uns. Und damit wären wir beim Kern des Problems, nämlich der Gesellschaftsordnung in der wir leben: Dem Kapitalismus. Produziert wird so, wie möglichst viel Gewinn gemacht werden kann. Wir ArbeiterInnen und Angestellte sind dabei lediglich ein Kostenfaktor, den es möglichst gering zu halten gilt. Unsere Interessen sind ganz einfach andere!

Wäre es nicht besser, wir würden in einer Gesellschaft leben, in der die Belegschaft in Fragen der Produktion und des Arbeitsalltages ernsthaft etwas zu sagen hätte? Das gilt natürlich nicht nur für Parkplätze, sondern erst Recht für Fragen wie die Abschaffung von Leiharbeit und Billiglöhnen bei Subunternehmen. Oder für die Wertschätzung, die vielen von uns im Arbeitsalltag nicht mehr entgegen gebracht wird. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Mobilität so organisiert wird, dass wir möglichst bequem zur Arbeit kommen. Ohne, dass dabei die Umwelt und das Klima versaut werden. Und auch wenn die Profitinteressen der Kapitalisten dem offensichtlich entgegen stehen, können wir schon heute damit beginnen für kleine Verbesserungen zu kämpfen.

Zu Recht wurde auf jeder der letzten Betriebsversammlungen von den IGM-Betriebsräten das Parkplatz-Thema angesprochen. Aber ohne zusätzlichen Druck von uns, prallt das am Management ab - genau das sollten wir ändern!

In § 84 des Betriebsverfassungsgesetzes heißt es, dass jeder „sich bei den zuständigen Stellen des Betriebes beschweren darf, ohne dass ihm dadurch Nachteile entstehen dürfen“. Zuständig für Investitionsentscheidungen, für zum Beispiel Werksbusse im ländlichen Raum oder zusätzliche Parkhäuser sind der Werkleiter und seine Centerleiter. Genau die sollten unseren Unmut zu spüren bekommen. Nicht die Betriebsräte, die über „Geld“ ohnehin nicht entscheiden dürfen.

Im Gesetz steht übrigens **nicht**, dass wir uns alleine oder außerhalb der Arbeitszeit beschweren müssen, also traut euch! Ihr werdet euch wundern, wie viel Macht ihr habt, wenn ihr zusammen haltet.

Übrigens: Das Beschwerderecht nach § 84 gilt nicht nur für fehlende Parkplätze. Wem das mit dem gemeinsamen Beschwerdegehen noch zu „heiß“ ist – freiwillig Überstunden zur Programmerrfüllung muss auch niemand machen.